

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 290.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Abdruckpreis für Halle u. Wörste 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für den Restbezirk 3.50 M. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich 5 mal. Halle'sche Zeitungen: Halle'sche Zeitung (Halle), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen).

Zweite Ausgabe

Dienstag, 23. Juni 1908.

Abdruckpreis für Halle u. Wörste 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für den Restbezirk 3.50 M. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich 5 mal. Halle'sche Zeitungen: Halle'sche Zeitung (Halle), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen), Halle'sche Zeitung (Mühlhausen).

Geschäftsstelle in Berlin: Dellauerstraße 14. Telefon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziefels in Halle a. S.

Ueber die Vertretung der Industrie

Im preussischen Abgeordnetenhaus gibt die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz einen Überblick, dem wir folgendes entnehmen:

„In der Aenderung der politischen Situation nach den preussischen Landtagswahlen im allgemeinen auch nur sehr unbedeutend, so fällt doch ins Gewicht, daß die deutsche Industrie insbesondere eine erhebliche Schwächung ihres Einflusses bei weitem nicht ausgleichend parlamentarischen Einflusses erfahren hat. In Altona ist der verebte Abgeordnete Meind, der bei der vorigen Wahl noch im ersten Wahlgange gewählt wurde, diesmal noch nicht einmal mehr in Stichwahl gekommen. Die beiden in Hannover-Land und in Goslar unterlegenen Herren Hirth und Horn waren Industrielle, und auch der bisherige Vertreter für Linder, der dem Reichstag angehört, stand der Industrie wohlgenannt. Neben diesen Eingekleideten die Liste ist übrigens nicht verstanden. Hat die Industrie leider aber auch zwei große Schicksale erlitten. Der bisherige 610 000 Einwohner zählende ober-sächsischen Wahlkreis Neudorf-Ranowitz-Schulzshütte war durch die Herren Geheimer Rat Langhans und Dr. Volk, Generalsekretär des Ober-sächsischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins, vertreten. Durch die Wahlgleichung von 1906 wurde dieser „gemeinnützige“ Bezirk in drei Einzelwahlkreise geteilt, die jetzt alle drei dem Zentrum zugefallen sind. Von den gefährdeten Herren ist einer Abgeordneter, einer Amtsdirektor und einer Richter. Im Reichstag ist dieser gemischte Industriebezirk durch zwei Polen vertreten, die im Privatleben beide Redakteure sind. Das ist jetzt die parlamentarische Vertretung des zweitgrößten deutschen Industriebezirks! Nehmlich fraglich war der Wohlstand in dem fast zwei Millionen Einwohner zählenden rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das bisher für den Nationalliberalismus als so sicher galt, daß sich das Zentrum seit Jahrzehnten gar nicht oder doch nur scheinbar an den Landtagen weihen beteiligte. Dieser Rheinischer Teil fandte bisher die Herren Dr. Deumer, Synbrudis Strich und — als Konnexion an die in einem Teile des Bezirkes noch bedeutende Landwirtschaft — den Standesherren von Wittenberg in das Abgeordnetenhaus. Bei der Neuverteilung 1906 wurden vier Einzelwahlkreise gebildet. Von diesen schied nur einer, Duisburg, den alten Reichstämper für den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, Dr. Deumer, ab, während in das Abgeordnetenhaus. Die anderen drei wählten die Zentrumskandidaten, von denen einer Reichsanwalt, einer Arbeiterführer (früher Bäcker) und der dritte Bergmann ist. Der westfälische Teil Dortmund-Böschung-Gelsenkirchen usw. wählte bisher ebenfalls nur drei Abgeordnete, es waren dies die Herren Hübner, Franzen, Landgerichtsrat A. D. Schmieding und Ehrenamtswort Weiermann. Die Industrie konnte mit dieser Vertretung nicht zufrieden sein; war auch nur einer der drei Abgeordneten selbst Industrieller, so war die auch die anderen beiden Mitglieder des Landes, hatten die gesamte Industrie um sich herum entstehen sehen und für deren Bedeutung und Interessen volles Verständnis. Die Neuverteilung von 1906 schuf aus diesem Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk zwei neuen Kreise, die sich dem Zentrum, das hier einen Schiffschiffen (nicht auf wirtschaftlichen Gebiet tätig), einen Arbeiter und einen Gerichtsreferendar aufgestellt hatte. Das war ein Ausfall, wie ihn der schlimmste Feind des liberalen Lager für unmöglich gehalten hätte. Trotz Vernehmung der bisherigen sechs Mandatäre auf sein konnte der Nationalliberalismus im größten deutschen Industriebezirk mit der äußersten Anstrengung nur nicht einmal einen Bestand wahren, die die Industrie ist die Lage ernst geworden. Eogar die Reichstagswahlen von 1907, die sonst ein so erhellendes Ergebnis hatten, haben der Industrie keine Befreiung dieser parlamentarischen Einflüsse gebracht, die letzten Landtagswahlen aber enthielten eine schwere Schlappe. Es hießte Wogel-Stein-Politik treiben, wollte man vor dieser Tatsache die Augen schließen. So kann es nicht weitergehen. Die Industrie wird ihre Stellung zu den politischen Parteien zu revidieren und Vorzüge zu treffen haben, daß sie mit dem Wohlste des Gesamtlandes auch engste wirtschaftlichen Interessen an den entscheidenden Stellen in härterer Weise zu Gehör gebracht werden, wie es zur Zeit der Fall ist.

So ist auch unsere Meinung. Die Nationalliberalen sind allmählich zu weit nach links gerutscht, sie müssen wieder mehr Nahrung nach rechts suchen. Das allein kann auch der Industrie ersprießlich sein.

Der Schlitzer Streit.

In der Angelegenheit der Ablösung der Schlitzer Feldjagd gab in der 17. Sitzung der Ersten Hessischen Kammer am 19. Juni 1908 vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident Graf von Görz genannt von Schütz eine Erklärung ab, deren Hauptpunkte nach der „Post“ folgende sind:

„Ich habe es bisher vermieden, in dem Streite mit der Stadt Schütz irgendwie mit einer persönlichen Aeußerung hervorzutreten; ich wollte das Ende der schwebenden Verhandlungen abwarten. Die Unterbrechung des Hofes. Die Kammer die ich auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer finde, veranlaßt mich aber, nunmehr aus meiner Reserve hervorzutreten. Die Gemeindevorstand der Gemeinde der Stadt Schütz hat unangefochten geblieben, und es bestand seit dem Jahre 1858 oder 1859 ein Verhältnis, das mir sehr angenehm war und gegen das auch die Stadt Schütz keine Einwendungen erhob. Mit einer Maßnahme hat die ganze Sache wieder zu tun, nach dieser Richtung hin sind alle Bestimmungen erfüllt. Die Stadt hatte das durch einen Hinweis der Standesherrschaft vertrieben. Nicht, die Jagd fieberig

abließen zu können, und es konnte mir nie einfallen, an diesem Rechte zu rühren. Die historische Entwicklung der Sache war die: daß die Stadt Schütz von dem Recht, das ihr zustand, bisher keinen Gebrauch gemacht hatte, betraute ich als eine Gefälligkeit, eine besondere Rücksicht, die meinen persönlichen Neigungen Rechnung trug. Die ganze Angelegenheit ist überhaupt nicht richtig zu beurteilen ohne Kenntnis des Sachverhalts, das zwischen mir und meinem Parteigenossen und der Stadt Schütz andrerorts bestand. Ich darf wohl sagen, es war nicht das Verhältnis von zwei Parteien, von denen jede gegenüber der anderen angibt auf die Ablösung ihrer Rechte besteht. Ein Ausfall der Rücksicht, die wir aufeinander zu nehmen uns moralisch verpflichtet fühlten, war der Umstand, daß mir das Jagdrecht gelassen wurde. Man kauften plötzlich im Laufe dieses Winters Gerüchte auf, daß die Stadt zur Ablösung desselben bereit sei. Als ich das erfuhr, schrieb ich am 18. Februar d. J. einen Brief an den Bürgermeister der Stadt Schütz, in dem ich sagte: Bisher haben wir gegenseitig die Rücksicht geübt, wenn Sie von nun an das Jagdrecht gegen mich geltend macht, dann lasse ich das selbe, und ich betone, in wie vielen Beziehungen ich sowohl vom Standpunkte der Annehmlichkeit als auch der finanziellen Rücksicht für die Stadt bedeutende Opfer gebracht habe und würde die Folgen an mir, wenn die Stadt, die ich die Wahl liegt. Ich schreibe gegen die Rücksicht oder die Rücksicht gegen die Rücksicht. Die letzte Alternative heißt: Der genannte Brief schrieb ich Mitte Februar. Das erste, was ich darauf erhielt, war das Datum der im April vollzogenen Ablösung und dann die Kündigung der Jagd binnen weniger als einem Monat. Das war für mich ein Schlag ins Gesicht; als solchen habe ich es auffassen müssen. Ich betraute den Herrn als einen Privatfreund, der eigentlich keinen Menschen etwas angeht — und zwar, um an das oben Gesagte anzuschließen — gewissermaßen als einen Privatfreund innerhalb einer Familie. Ich will nur kurz erwähnen, daß, wenn man rechtzeitig mit dem Vertreten, auf das ich mich Recht erworben zu haben glaube, mich um meine Zustimmung zu der Ablösung gebeten hätte, ich gewissfalls dem gewilligt hätte. Statt dessen wurde das geschickte Verfahren beliebt! Man hatte ich Grund, anzunehmen, daß mein Brief an den Bürgermeister nicht zur Kenntnis der Gemeinderäte gekommen war oder wenigstens nicht vollständig und rechtzeitig; ich sage mir daher: Ich muß wenigstens erreichen, daß jeder von den Gemeinderäten jetzt noch erfährt, welche für die Stadt Schütz sehr nachteiligen Folgen dieser Streit haben wird. So schrieb ich dem dem Brief vom 29. April, der in alle Zeitungen gekommen ist, der aber eigentlich nur zu verstehen ist auf Grund des Briefes vom Februar, als eine Enttarnung und Vertagung desselben. Darauf zunächst einige Tage sehr gereizte Stimmung. Einige Zeit später aber hat auf einen aus Württemberg herangezogenen autoritativen Aufsatz bin die Stadt eine Erklärung veröffentlicht, in der die Bürger sich zu ruhigen Verhalten ermahnt wurde und die mich durchaus angenehm berührte. In dieser Erklärung kam insbesondere der Hinweis vor, die Standesherrschaft möchte nicht glauben, daß der Streit in stöhrer Weise von der Stadt hervorgehen werden sei. Daran habe ich angeschlossen und habe an die Bürgermeisterei ein Schreiben gelangen lassen, in dem ich die ganze Situation nochmals darlegte und betonte, daß ich in jener Erklärung der Stadoverordnung ein Entgegenkommen sehe, das die Situation verändert, und so sei ich bereit, Verhandlungen einzutreten, wenn die Stadt dazu Gelegentlich gäbe. Daß dieser verächtliche Brief nirgends Veröffentlichung gefunden hat, das kann man nicht umhin, zu beobachten! Man sind die Verhandlungen angestrichelt und schmeben noch. Ich hoffe aber, daß binnen kurzen der Friede auf einer Basis hergestellt werden wird, die den beiden Parteien genügt. Mein Verhalten ist mir, da ich mich durch den Brief vom 18. Februar gebunden habe, nunmehr fast ungeschicklich; ich kann von dem, was ich damals gesagt habe, abstrahieren, auch jetzt nicht zurücktreten und muß auf dem Standpunkte bleiben, daß, wenn man gegen mich nur das Jagdrecht geltend machen will, ich das gleiche tun muß. Will man jedoch in irgend einer Weise mir wieder Rücksicht zeigen, dann bin ich auch meinerseits bereit, die Rücksicht wieder walten zu lassen, die ich bisher betätigt habe. Ich kann versichern, daß ich persönlich keine Freude an diesem Streite habe; das wird niemand glauben, der mich kennt, und auch in der Schlitzer Bevölkerung glaubt man, daß das nicht nur demüthigt genug und dort, daß die Sache sich bald erledigen werde.

Die Justizreform und das Straffsystem

belandete der Geheimrat Justizrat Prof. Dr. Stab in der Lehr-Vorlesung für Gefängniswesen, und es darf als bedeutungsvoll vorausgeschickt werden, daß der Deputierte für unser Gefängniswesen im Justizministerium, Geh. Ober-Justizrat Wloßfeld, sich fast durchweg mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden erklärt. Die Reform-Gedanken Stab's, die wenn wir ihnen auch nicht unbedingt zustimmen möchten, doch jedenfalls liberal interessant sind, lassen sich kurz in folgende Sätze zusammenfassen: Die Intellektualität der Todesstrafe ist vom Uebel; wenn dem Richter schon beim Verdict eine laienhafte Abklärung der Strafe (ein Tag bis fünf Jahre Gefängnis) freistellt, so muß dies um so mehr der Mord- und Totschlag möglich sein, da die Verbrechen gegen das Leben eine unendlich weite Scala der Motive enthalten. Es muß daher notwendig die Freiheitsstrafe ausfallen über, was auf das tiefste hinausgeht, dem Richter die Möglichkeit gegeben werden, auch dem Mörder „mildernde Umstände“ zubilligen zu können. Das Anwendungsbereich der Vermögensstrafe ist bedeutend zu erweitern; die Geldstrafe ist den Vermögensverhältnissen des Angeklagten anzupassen und außerdem fähig so zu bemessen, daß sie dem Verurteilten eine empfindliche Einschränkung in seiner Lebenshaltung auferlegt; der bisherige Freiheitsstrafmodus ist zu verlassen und in weitestem Maße die zersplitterte Mischung der Geldstrafen zu gestalten. Die Unannehmlichkeit derselben tritt anstelle der Freiheitsstrafe, die nur äußerlich

helles als Ersatzstrafe zugelassen ist, die persönliche Arbeitsleistung (Gemeinde- und Forstarbeit usw.). Von den Ehrenstrafen ist der Verweis aus dem Gefängnis auszulassen und die Reform der Polizeiaufsicht weiter auszubauen. Die Maßnahmen des Arbeitshauses fallen fort, die Beurlaubten werden in allgemeinen „Sicherungs-Anstalten“ untergebracht, die ein beträchtliches Bedürfnis der Zukunft sind. Die Überführung der bürgerlichen Ehrenrechte ist nach wie vor als Hauptfrage zu stellen, jedoch die Ehrenrechte zum wirksameren Schutze gegen die Verletzung der Ehre anderer allein verhängt werden kann. Die Festungshaft ist gänzlich entbehrlich, dagegen wird die heutige Haftstrafe umgestaltet. Sie besteht dann nur in der Entziehung der Freiheit, verbunden mit gewissen Beschränkungen der Lebenshaltung und einer obligatorischen Beschäftigung, wie sie dem Charakter der Straftat entspricht. Zu thun und zu lassen ist nicht fest zu setzen und zu differenzieren; der Mindestbetrag derselben beträgt dann 1 Monat bzw. 8 Tage; beide sind im Vollzuge erhaltbar, empfindlicher und fähiger zu gestalten als die Haft, die nur bei Gelegenheitsdelikten und da, wo keine erhebliche Gefährdung zutage tritt, verhängt wird. Als Ersatzstrafen für die Haft kommen in Betracht: Verweis, bedingte Verhängung, gemeinnützige Arbeit, Friedensbürgschaft und Hausarrest; die Zweckmäßigkeit des Letzteren ist freilich nicht unbestritten. Die Deportation als allgemeine Sicherungsstrafe ist zu verwerfen und die Strafen, welche sie erheben würde, besser für allgemeine Sicherungs-Anstalten zu verwenden; ebenso erklärt sich der Vorkurs gegen den Verweis, Strafpolizist als „Anerkennung“ zu schaffen, welche die Entlassung des Gefangenen nach seinem Wohlverhalten in der Anzahl bestimmen sollen. Dies Institut werde dem Wesen der Strafe widerstreben, welche ein Uebel für begangenes und verhängenes Verbrechen ist und die nicht beim Verurteilten durch das nachträgliche Verhalten des Täters. Zum Schluß bemerkt Prof. Stab, daß bei Beratung der Reformfragen der Schuldrecht zurücktreten müsse, man dürfe sich nicht in festen, unänderlichen Prinzipien verfangen, sondern müsse in ethischen Gedankenaustausch unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen suchen, das beste Straffsystem zu gewinnen.

Sozialdemokratie und Eisenbahner.

Der politische Geschäftsin der Sozialdemokratie sucht unangehört nach vortrefflicher Vertretung. Da soll es wieder einmal, wie die Generalkommission will, mit einer Abänderung der sozialdemokratischen Eisenbahner-Resolution zu tun haben, wobei man, obwohl die „Genossen“ wissen, wie heiß dieses Eisen für sie immerdar bleibt. Aber man tröftet sich offenbar mit dem Gedanken, daß nur die etwaigen Verführten den Schmerz zu spüren bekommen.

Um die Bewegung zu heben, will die Verbandsleitung, wie die „N. A. Z.“ erläutert bemerkt, mehrere kourdebe Endlinge ausstellen. Sodann ist eine neue Anleitung zur „agitatorischen Arbeit“ ergangen. Zunächst sollen die Eisenbahner in die Gewerkschaftsvereinigungen geschleppt werden. Nach dem neuen Verordnungs-Bescheid „besonders in den Gewerkschaftsvereinigungen nicht mehr angemeldet zu werden, so daß eine polizeiliche Überwachung fortfällt. Wenn in einem Betriebe neue Leute eingestellt werden, so soll sofort nach einem bestimmten Plan mit der Agitation vorgegangen werden. Nicht ein einzelner Organisierte soll den einzelnen Mann bearbeiten, sondern mehrere. Ist das Opfer angestrichelt und will den Aufnahmehin nicht widerstreben, so soll es von mehreren Organisierten in der Wohnung besucht werden; diese sollen Agitationsmaterial mitbringen und dem einen gegen viele, die unangenehm vor Augen fallen, daß der Verband ihn nicht im Stich läßt.

Wenigstens nicht früher, als das Unglück da ist. Alle diese terroristischen Schritte zu verolgen und das aus ihren Wirkungen sich ergebende Material beizumischenhalten, wird zu einer Aufgabe, der zunächst die politischen Vertretungen der bürgerlichen Parteien sich nicht entziehen dürfen, schon um ihres eigenen Bestandes willen. Andererseits erwidert daraus auch der Eisenbahnerbehörde die Aufgabe, ihre Schutzbedenken vor der sozialdemokratischen Verlockung dringlichst zu warnen.

Die Lehrfreiheit.

In der Kammer der bayerischen Reichsräte dankte am 22. Juni bei der Beratung des Kultusministers Erzbischof Klein-Wünnen der Regierung für die in der Abgeordnetenversammlung über die Grenzen der Lehrfreiheit der Professoren der Theologie, Kultusminister Dr. v. Weßner erwiderte: Die Wissenschaft bedarf der Freiheit, der Staat kann der freien Forschung keine Fesseln anlegen. Anders aber liegt es bei der Lehrfreiheit. Hier darf der religiöse Glaube der Jugend nicht verletzt werden. Hypothesen sollen nicht ausgeschlossen sein, dürfen aber nicht als feststehende Tatsachen vorgetragen werden. Die Professoren der Theologie sind die Grenzen wohl enger. Die Kirche kann den Vortrag trüger Lehren nicht dulden. Die Kirche hat das Recht festzustellen, ob eine Lehre richtig ist. Der Staat prüft dann in jedem Falle, welche Konsequenzen er daraus zieht. Reichsrat Professor Schanz-Wirzburg führte aus, für die Lehrfreiheit könne nur das Staatsrecht und das gemeine Recht als Schranken gelten. Ein Professor könne die Wissenschaft nicht anders lehren, als er in einer Schriftlichkeit vertritt. Es sei die Bestimmung der Studenten zum Lehrer. Die Lehrfreiheit dürfe nicht beschränkt werden. Die Studenten könnten nicht immer am Gängelband geführt werden, sie müssten sich ihre Lebensaufsicht selbst bestimmen. Kultusminister Dr. v. Weßner führte in seiner Erwiderung aus: Ein Professor muß sich in seinen Vorträgen vor den jungen Leuten eine größere Freiheit auferlegen als in seinen Schriften. Der Student soll nicht am Gängelband geführt werden, aber ein Professor muß Hypothesen als solche bezeichnen, er hat nicht volle Rechte

